



Arbeitszeitexperiment ist ein Kniefall vor den Arbeitgebern

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 19. Juni 2017

„Die bisherigen Antworten der Bundesregierung auf die Arbeit der Zukunft sind völlig unzureichend. Die von Arbeitsministerin Nahles angekündigte Anti-Stress-Verordnung ist bis heute überfällig. Nun plant Nahles eine Experimentierklausel zur probeweisen Öffnung des Arbeitszeitgesetzes. Das ist ein beispielloser Kniefall vor den Arbeitgebern. Der Arbeitgeberverband versucht seit Jahren die Digitalisierung als Hebel anzusetzen, um Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetze zu schleifen. Das Interesse der Arbeitgeber ist nicht das Wohl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern deren absolute Unterordnung unter die Unternehmensabläufe und Produktion. Mit der Öffnung des Arbeitszeitgesetzes öffnet Ministerin Nahles die Büchse der Pandora. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass die Interessen der Arbeitnehmer geschützt werden. Statt Beschäftigte der Produktion unterzuordnen, muss man Menschen mehr Selbstbestimmung bei der Arbeit ermöglichen. Das erfordert ganz konkrete Rechte für

Beschäftigte und Betriebsräte“, so Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Ernst weiter:

„Die Stressbelastung von Beschäftigten nimmt quer durch alle Branchen zu. Seit Jahren steigen die Zahlen der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund psychischer Belastungen geradezu epidemisch an. Entgrenzte Arbeitszeiten, Arbeitsverdichtung, Leistungsdruck und Selbstausbeutung gehen häufig Hand in Hand. Vor diesem Hintergrund ist es absurd zu glauben, dass sich längere Tageshöchstarbeitszeiten und eine Aufweichung der Ruhezeiten zum Vorteil der Beschäftigten auswirkt. Statt flexiblerer Arbeitszeiten brauchen wir eine Anti-Stress-Verordnung und eine Verkürzung der realen Wochenhöchstarbeitszeit.“